

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreise:
Einzelnnummer 25 Pf. — Durch Austräger oder durch die Post: monatlich 2,50 RM,
vierteljährlich 7,50 RM. frei ins Haus.

Postfachkonto: Nr. 23385
„Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H.“, Breslau.

Anzeigenpreise: Die Spaltenbreite 100 Millimeter, oberer Rand 0,90 RM., unterer 1,00 RM.
Einzelzeilen und Wohnungsanzeigen: Spaltenbreite 100 Millimeter, oberer Rand 0,50 RM.,
unterer 0,60 RM.
Kellern: Die Kellernzeile, beiseitegedruckt oberer Rand 0,30 RM., unterer 0,40 RM.

Vor dem Ende der italienischen Bewegung?

Italien.

Nachdem Giolitti die von ihm nach Turin zusammenberufenen Vertreter der Industriellen und der Arbeiter gehört hatte, entschied er sich für die Aufsicht über die Fabriken. Zugleich beauftragte er durch einen Erlass einen aus Industriellen und Arbeitern zusammengesetzten Ausschuss mit der Aufgabe, einen Gesetzentwurf hierüber vorzubereiten, den die Regierung der Kammer bei ihrem Wiederzusammentritt vorlegen werde.

Diese „Aufsicht über die Fabriken“ bedeutet natürlich nur ein platonisches Zugeständnis an die Forderungen der Arbeiterschaft. Es kann sich nur um ein Betriebsrätegesetz nach bewährtem deutschen Muster handeln.

„Corriere della Sera“ vernimmt aus Rom, daß seit Freitag die Straßenbahn von Rom nach Livoli in der Hand der Arbeiter ist oder vielmehr der technischen Angestellten in Einverständnis mit den Arbeitern. Die Betriebsleitung vollzog sich in voller Ruhe. Der Betrieb geht regelmäßig vor sich.

Der polnisch-russische Krieg.

Au den Fronten wechselvolle Kämpfe. Die „Friedensverhandlungen“ in Riga sollen am 20. begonnen haben. Das Ergebnis wird negativ sein. Nichtsicherer selbst soll an der Spitze der russischen Friedensdelegation stehen. Wie „Telegraf“ meldet, hat Toffe dem Vertreter des „Daily Chronicle“ mitgeteilt, daß die Sowjetregierung ihre ursprüngliche Forderung auf Herabsetzung der polnischen Seemacht aufrecht erhalte, um neue Angriffe in Zukunft zu verhindern. — „Zemestia“ schreibt in einem Artikel über die Kriegslage, daß die Feinde Rußlands sich zu früh gefreut hätten. Die zeitweiligen Niederlagen, die die Roten Armeen erlitten haben, seien nur eine Episode. An der polnischen Front seien die Russen wieder zur Offensive übergegangen, und das letzte Wort sei in diesem Abschnitt noch nicht gesprochen. Jetzt beginne ein neuer Akt und der werde mit einem unbedingten Siege für die ganze rote Revolution enden.

Im Innern Polens herrscht der weiße Terror, die Pogrompolitik. Wie der „Kurjer Poranny“ meldet, hat die Regierung beschlossen, die Arbeiterorganisation „Bund“, die stärkste jüdisch-sozialistische Partei, aufzulösen, da sie im Einverständnis mit Rußland gegen Polen aufgetreten sei.

Der Bund hat sich auf seinem letzten Parteitag für die 3. Internationale erklärt.

Der grundloslose Lloyd George.

Mannew erklärte dem Stockholmer Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“, seine Reise nach Moskau sei lange vor der letzten Aussprache mit Lloyd George beschlossen gewesen. Er habe es für notwendig gehalten, der Sowjetregierung mündlich einmal über die englische Politik zu berichten. Die Haltung Lloyd Georges gegenüber Rußland könne als grundloslose Politik gekennzeichnet werden, die je nach den Erfolgen oder Misserfolgen der Volksgewalt hin und her schwante. Lloyd George wolle jetzt vom Frieden mit Rußland und der Anerkennung der Sowjetregierung nichts wissen, möchte aber doch nicht die Möglichkeiten zum Handelsaustausch preisgeben.

Polen unter französischer Finanzhoheit.

Au die Kosten des Krieges gegen Rußland, die bekanntlich zum größten Teil von Frankreich getragen werden, auch weiterhin noch decken zu können, hat der polnische Finanzminister Cahais seinen Pariser Aufenthalt zum Abschluß eines französisch-polnischen Finanzabkommens verlängert. Polnischseitig wird

dabei vermutlich Frankreich die Einräumung von Finanzrechten an der Petroleum- und Tabak-Regie gewährt werden. Damit begibt sich Polen noch mehr als bisher unter den Einfluß Frankreichs; der Charakter einer französischen Kolonie wird noch offensichtlicher.

Zur Wirtschaftslage in Rußland.

Der auf der Durchreise in Berlin befindliche frühere russische Legationsrat Dr. Schlowzky hat bei einer Besprechung mit der Redaktion der „Roten Fahne“ versichert, wirtschaftlich sehe Sowjetrußland dem kommenden Winter mit Zuversicht entgegen. Die Sowjetrepublik habe im ersten Jahre über 30 Millionen Rub, im zweiten Jahre über 115 Millionen Rub, im dritten Jahre über 260 Millionen Rub Getreide verfügt und verfüge in diesem Jahr über 360 Millionen Rub im Minimum. Das Quantum, das zur vollen Versorgung der zu versorgenden Bevölkerung nötig sei, sei 400 Millionen Rub. Die Ernährung für den kommenden Winter sei also besser gesichert, als in irgend einem der vorhergehenden Jahre. Ebenso sei die Brennstoffversorgung im Vergleich zum Vorjahr bedeutend besser und auch das Transportwesen habe sich weiter gehoben.

Präsidentenwahl in Frankreich.

Seit dem Eisenbahnunfall des französischen Präsidenten Deschanel ist die Frage seiner Amtsenthebung nicht von der Tagesordnung gekommen. Da in seinem Gesundheitszustande gar keine Besserung eingetreten ist und ärztliche Sachverständige versichern, daß nach menschlichem Ermessen keine wesentliche Veränderung eintreten werde, hat Deschanel sein Entlassungsgesuch eingereicht. Es wird infolgedessen in Kürze zu einer Neuwahl kommen. Es scheint, als ob als Wahltermin der 25. September ins Auge gefaßt wurde.

Zur Weltwirtschaftskrise.

I. Schweiz.

Im Hinblick auf die drohende große Ausdehnung der Arbeitslosigkeit in der Stickerei-Industrie hat, wie die Telegraphen-Union meldet, das St. Gallische Polizeidepartement beim Bundesrat eine weitere Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung beantragt.

II. England.

Nach der „Times“ hat eine Kommission der Manchester Baumwollfabriken beschlossen, die Arbeitszeit zu verkürzen, weil das Geld mangelte und die hohen Baumwollwarenpreise einen starken Rückgang der Bestellungen mit sich bringen, weshalb man die Produktion mit allen Mitteln einschränken muß.

Die Arbeiterbewegung in Südamerika.

Die „Industrie- und Handels-Zeitung“ schreibt: Die Arbeiterbewegung in Punta Arenas hat nach neueren Berichten revolutionären Charakter angenommen. Es kam zu Kämpfen zwischen den Streikenden und der örtlichen Polizei bzw. dem Militär, in deren Verlauf die Geschäftsstelle der Arbeitervereinnigung zerstört wurde, wobei es auf beiden Seiten zahlreiche Tote und Verwundete gab. Auf Anordnung der Regierung hat die lokale Presse ihr Erscheinen eingestellt. — Die argentinische Arbeiterbewegung macht sich bis in das entlegene Patagonien-Territorium fühlbar. Dort haben die Arbeiter auf den Pflanzungen in einem Streik bessere Arbeitsbedingungen durchgesetzt, die allerdings nach der Ansicht von Sachverständigen die Verba Mate-Industrie des Alto Paraná gegenüber der brasilianischen und paraguayischen beim Wettbewerb auf dem Markt von Buenos Aires stark nachteiligen werden. Diese Bedingungen sind: Achtstundentag,

Minimallohne für Männer 4 Papierpesos, für Frauen 3,50 Doll., für Minderjährige 2,50 Doll. täglich, für Alfordarbeit 30 bis 100 Proz. Zuschlag. Daneben erhalten die Arbeiter außer freier Wohnung üblicherweise noch ein Stück Land, das sie für sich bebauen können.

Arbeitslosendemonstrationen

fanden in der letzten Zeit in verschiedenen Städten Deutschlands statt.

Die Nationalisten wollen die Wahl zur preussischen Landesversammlung erzwingen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ verlangt, daß spätestens im Monat November die Wahlen zur preussischen Landesversammlung stattfinden sollen. Mit allen zulässigen Mitteln müsse auf Anberaumung der Preußenwahl hingewirkt werden. Ziemlich unverhüllt wird die Obstruktion der nationalistischen Parteien angekündigt. Die „Berliner Volkszeitung“ hält für notwendig, daß man der Landesversammlung Ruhe zur Erledigung der Verfassungsarbeiten und der verschiedenen Ausführungsgesetze lassen müsse. Landtagswahlen im November müßten die Verfassungsarbeiten unter den Druck der Wahlbewegung stellen.

Lange genug hat sich die preussische Landesversammlung um die Erledigung der ihr gestellten Verfassungsaufgaben herumgedrückt. Es wird in der Tat höchste Zeit, daß mit diesem Parlament ausgeräumt wird. Die Nationalisten wollen natürlich nur die Ablösung der jetzigen preussischen Koalitionsregierung (mit S. B. D.-Führung) durch ein rein bürgerliches Kabinett.

Die Freunde.

Der bayerische Landwirtschaftsminister hat sich in Begleitung eines Herrn vom Handelsministerium nach Budapest begeben, um sich an Ort und Stelle von der Möglichkeit zu überzeugen, von Ungarn Getreide, Mais und andere Lebensmittel zu beziehen. Die Teilnahme eines Vertreters des Handelsministeriums läßt darauf schließen, daß auch andere wirtschaftliche Verhandlungen gepflogen werden dürften.

Und abermals neue Steuern.

Im preussischen Finanzministerium ist eine Denkschrift ausgearbeitet, die die preussischen Finanzverhältnisse als vollkommen zerrüttet darstellt und dringend eine Sanierung des Finanzwesens fordert. Wie hilflos die Regierung dieser Situation gegenübersteht, ergibt sich am besten daraus, daß sie es nicht einmal soweit gebracht hat, bestimmte Steuerprojekte in Vorschlag zu bringen. Sie will, wie Berliner bürgerliche Blätter melden, zunächst durch Verhandlungen mit den Parteien die Grundlage für neue Steuergesetze schaffen. Außerdem wird zu dieser Angelegenheit mitgeteilt, daß nach Ansicht des Finanzministeriums die Steuerfrage noch unbedingt vor den Neuwahlen erledigt werden müsse.

Der Köder.

In Oberschlesien ist ein Kohlen-Überschichtabkommen im Werden. Es soll ab 1. Oktober in Kraft treten. Für jede Überschicht soll den Beteiligten als besondere Vergütung — zwei Pfund Schweinefleisch zu demselben verbilligten Preise wie in den übrigen Bergbaurevieren Deutschlands gewährt werden, dazu noch ein Pfund Zucker und ein Pfund Weizenmehl zum Preise von 1 Mark.

Die Folgen von Spaar: Überschichten — gegen Schweinefleisch.

Die eiserne Notwendigkeit.*

(Schluß.)

III.

D. Li. Die Annahme-Segner der Aufnahmebedingungen in die Kommunistische Internationale treten zur Argumentation ihres Standpunktes mit den verschiedensten Mitteln an. Sie ziehen alles, was nur irgend wie (miß)braucht werden kann, an den Haaren herbei, um es („im Interesse der Weltrevolution“, versteht sich) gegen die An-

nahme-Verjahung zu schleudern. Aber sie treiben ein falsches Spiel (Ausnahmen bestätigen nur die Regel); ihre Argumentation ist nicht ehlich (gemeint sind vor allen Dingen die „großen Führer“, Hilferding, bei den kleinen Funktionären spielen oft ganz persönliche Momente, Verhältnis zur S. P. D., eine große Rolle). Sie verschweigen das Wesentliche (nur manchmal entschläpfst ihnen die Wahrheit, wie Ledebour auf der Reichskonferenz der Partei in der Frage des Errors), sagen aber ihre „Beweise“ (in denen manchmal das Wesentliche, jedoch bewußt nicht beim richtigen Namen genannt, steht: Die antibolschewistischen Artikel und Neben-Dimensions) um so lieber an. Sie verschweigen, daß sie die Diktatur des Proletariats (in exaktem

Sinne) ablehnen und Anhänger der Demokratie sind. Wenn sie wahr und ehlich streiten würden, wie sie es mit dem Bruchton der Ueberzeugung nicht tun, fielen die Massen der Parteimitglieder auf ihren manchmal hanebüchigen Beweis-Zauber noch weniger herein, als es überhaupt der Fall ist. Was tun die Demokratie-Bewußten nicht alles für ihre Leidenschaft! Sie schicken voraus; sie haben auch Voraussetzungen; bloß keine marxistischen, sondern Redensarten, sie gehen von einer Bräsen-Plattform aus: Sie lassen einleitend ihre Sympathie für Sowjetrußland und sogar für die kommunistische Internationale erschallen. Aber das ist ein Bluff, eine Szene, um für sich Stimmung zu machen. Denn dieser blumigen Einleitung folgt der Hauptteil mit der Ver-

Im Abschnitt II des Leitartikels „Die eiserne Notwendigkeit“, Arbeiter-Zeitung vom 19. September, sind einige Druckfehler zu berichtigen: Spalte 1, Zeile 57, konzentrisch und nicht wie dort steht, konzentriert; Spalte 2, Zeile 19, Gewerkschaftlern und nicht Gewerkschaftler; Zeile 23, was und nicht was; Zeile 27, es nimmt und nicht nimmt; Zeile 44, D y r a m und nicht D y r a m m.

meinungs-Konsequenz und der macht den schönen Anfang gegenstandslos. Der Hauptteil steht bei den verschiedenen Diktatur-Begreifern verschieden aus. Die Ehre der Partei ver- trägt es nicht; wir küssen den russischen Stiefel nicht, der Kunde des Bolschewismus dürfen wir uns nicht beugen — so und so ähnlich phrasieren die einen; es sind also zweifel- los die besten Marxisten, nicht wahr?, eine unglückliche Argu- mentation! Die Ehre der Partei. Kommt es vielleicht auf irgendwelche Ehre (auch wenn man unrecht hat!) oder auf den Sieg der Revolution an? Wird die Unabhängige Sozialdemokratische Partei als tabellose Ganzheit be- trachtet, während sie doch in Wirklichkeit aus zwei ganz von einander getrennten Gruppen besteht? (Setzt man sie gewisser- maßen mit einer Nation, die doch aus feindlichen Klassen zusammengefaßt ist, gleich? Ehre der Nation! Seit wann präsentiert die Unabhängige Sozialdemokratische Partei diesen Begriff? Der russische Stiefel, die Kunde des Bolschewismus; schöne Ausdrücke, von „revolutionären“ Unabhängigen ver- erbt, tief marxistisch. Zum Donnerwetter, zwingt denn die Kommunistische Internationale die Unabhängige Sozialdemo- kratische Partei zur Anerkennung der Thesen, zum Eintritt in ihren Bund? Wenn die Partei nicht will, dann eben nicht. Es steht doch ganz in ihrem Ermessen zu tun, wie es ihr beliebt. Es legt ihr niemand Handschellen an; sie soll entscheiden, weiter nichts. Welch törichtes Gewäsch der De- mokratie-Kommodianten. Ein anderes, bedeutend ernstere zu nehmendes Mittel der Anschlußgegner ist die Schilderung der Zustände in Sowjetrußland. „Es wird Zeit, die Welt vor Sowjetrußland zu warnen,“ sagte Crispian auf der Reichskonferenz (er versuchte dann, zur Rede gestellt, diese Worte wieder auszulöschen). Damit wollte er das System, die Diktatur des Proletariats, treffen. Und sind die „Wahrheits“-reden und -Artikel Dittmanns, die gar keine Wahrheit, sondern Entstellung, Verfälschung, böswärtige Tendenz repräsentieren, vielleicht verzapft, nur der Wahrheit wegen? Dittmann, der seine Lor? Nein, es kommt ihm gar nicht auf die „Wahrheit“ an, denn dann hätte er sie, wenn er wirklich der Wahrheitsfanatiker ist, auch schon früher aussprechen können, er bedient sich ihrer jetzt, weil die Anschlußfrage an die Inter- nationale der Diktatur des Proletariats abzu ist und Farbe bekannt werden muß, er benutzt sie als Mittel, um das System, die Diktatur des Proletariats, zu diskreditieren und unansprechbar für die Demokratie eine Lauge zu brechen. Seine Wahrheit ist keine Wahrheit: Objektiv, denn die Verhältnisse in Sowjetrußland sind nicht so, wie er sie mit ein paar Federstrichen abtat; er hat sie garnicht studiert nicht zu sprechen von den Bedingungen, die zu den allerdings nicht paradiesischen Zuständen führten: Krieg usw., die Dittmann nicht genug würdigt.) Subjektiv: er ist nicht so wahr, ganz offen zugucken, daß er die Diktatur des Prole- tariats als Prinzip, die er mit der Schilderung der russischen Zustände in den Orkus schleudern will, ablehnt. Das sagt er nicht, er, der Wahrheitsfanatiker. Man muß dieses Argument des Demokraten Dittmann genau analysieren, zerbrechen, man muß die Verhältnisse in Sowjetrußland be- handeln, man muß den unabhängigen Antibolschewisten, d. h. Diktaturgegnern und Weltrevolutionärsleptikern die Maske ab- nehmen. Ein weiteres und das gefährlichste Schlagwort der Demokraten und Anti-Moskauer in der Unabhängigen Sozialdemokratie ist die Autonomie der Partei. Hilferding ruft: Ketze! die Autonomie der Partei, international und in sich selbst. Hilferding als Herold der Partei-Selbständigkeit, der Selbstbestimmung der Parteimitglieder. Hilferding, ausgerechnet Hilferding, der bis jetzt die ganze Parteipolitik geleitet hat ohne das Mandat der Massen, gegen ihren revolutionären Willen. Das Thema selbst: es muß doch jedem Einseitigen klar sein, daß unter den zugehörigsten Verhältnissen der Gegenwart, wo die Internationale der kapitalistischen Reaktion sich immer stärker einheitslich sammelt, die Schlagkraft (und nur darauf kommt es doch an) der Internationale des Proletariats zur traglichen Klippe wird, wenn sie keine rasche Organisation besitzt und sich nicht auf (freiwillige) Disziplin der einzelnen

Landessektionen stützen kann. Das heißt natürlich niemals, wie es aber die Anschlußgegner demagogisch zu interpretieren belieben, daß nun das Exekutivkomitee der Internationale, in dem die Russen vorläufig maßgebend sind, und dem im Falle des Anschlusses der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an die Kommunistische Internationale ein Mitglied dieser Partei mit allen Rechten und Pflichten angehört, von den einzelnen Sektionen Daten verlangt, die einfach Wahnsinn wären, den speziellen Landesverhältnissen glatt zuwiderlaufen und in ihren negativen Wirkungen auch Sowjetrußland selbst mit in den Strudel zögen. Das Schicksal Sowjetrußlands ist mit der proletarischen Bewegung der ganzen Welt ver- bunden. Die Niederlage irgend einer Landesgruppe ist mehr oder weniger seine Niederlage. Wird also das Exekutiv- komitee schon aus Selbstschutz für Sowjetrußland Irrsinn- dinge von den Sektionen verlangen? Und traut man den Moskauer Marxisten (sind es etwa keine?) wirklich so wenig

irgendwie Rücksicht zu nehmen. Man täuschte den Arbeiter vor, daß die kommunistische Internationale die Arbeiter verpflichte, abse- dacht Anstände und Puffe zu unternehmen. Gegen all diese offiziellen Lügen mußte das Exekutivkomitee den Kampf aufnehmen. Nein, der Zentralismus in der Internationale heißt nicht Kadavergehorsam wahnsinnigen Despoten gegenüber. Und ebenso steht es mit dem Zentralismus innerhalb der Partei, der einzelnen Sektion. Niemand denkt daran, Vorstände usw. zu oktroyieren, eine absolute Führer-Diktatur aufzuzwingen, es soll der demokratische Zentralismus herrschen, der durch (freiwillige) Disziplin der Mitglieder aktionsfähig wird. Von unten her baut sich die Partei auf, nichts anderes ist gemeint. Paragraph 14 des Abschnitts „Kommunistische Partei und proletarische Revolution“ erklärt ganz eindeutig: Die kommunistische Partei muß auf der Grundlage des demo- kratischen Zentralismus aufgebaut werden. Das Hauptprinzip des demokratischen Zentralismus bildet die Wählbarkeit der obersten Parteizelle durch die untersten, die unbedingte und unerlässliche Verbindlichkeit aller Vorstände der übergeordneten Instanz für die untergeordnete und das Vorhandensein eines starken Partei- zentralismus, dessen Autorität allgemein anerkannt ist für alle führenden Parteigenossen in der Zeit von einem Parteitag bis zum andern. Damit wird auch der Einwand gewisser Aengstlinge und Schlimmerer hinfällig, daß die Unabhängige Sozialdemo- kratische Partei bei ihrer Fusion mit der Kommunistischen Partei Deutschlands (als logische Folge des Anschlusses an die Kommunistische Internationale) unter den „Terror“ der Führer der jetzigen Kommunistischen Partei Deutschlands läme. (Sind diese Führer wirklich so vermaledeit?) (Eben- lächerlich ist die Ansicht, unter den „zuverlässigen Kommunisten“, die die Parteizeitungen leiten sollen, sind Mitglieder der jetzigen Kommunistischen Partei Deutschlands gemeint.) Mit der „Autonomie der Partei“ wollen die Anschlußgegner bei der Masse Geschäfte machen. Auch dieses Argument ist eine Ausrede, gemeint ist wie immer, die Ablehnung der Diktatur des Proletariats und, als ihre Folge, die straffe Organisation der Partei, die sie ehrlich vertritt. So liegen die Dinge. Argumentieren also die Anschlußgegner marxistisch, ehrlich oder ist ihre Methode bürgerlich und Schleieranz? Alle Einwände die sie machen, sind in Wirklichkeit Einwände gegen die Diktatur des Proletariats.

An unsere Abonnenten!

Vom 1. Oktober 1920 ab erscheint die „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ 6 mal wöchent- lich. Der Bezugspreis durch Austräger oder Kolporteurs beträgt:

- 1,40 Mk. für die Woche,
- 6,00 Mk. für den Monat,
- 18,00 Mk. für ein Vierteljahr.

Durch die Post bezogen:

- 5,10 Mk. für den Monat,
- 15,30 Mk. für ein Vierteljahr ohne Beleggeld.

Durch die Post frei Haus:

- 6,10 Mk. für den Monat,
- 18,30 Mk. für ein Vierteljahr.

Bestellungen zu diesen Preisen nehmen alle Briefträger, Postamtanten, Kolporteurs und Austrägerinnen schon jetzt entgegen.

Das regelmäßige Erscheinen der „Säch- sischen Arbeiter-Zeitung“ ist gesichert.

Alle Abonnenten, die nicht von Kol- porteuren oder Zeitungsaussträgerinnen bedient werden, müssen in Zukunft die Zeitung direkt beim Briefträger oder ihrer Postamtant bestellen.

Einzelüberweisungen von der Expedition der Zeitung finden nur statt, wenn das Abonnementgeld vorher eingelandt wurde.

Geschäftsstelle der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung.“
Damelang, Alfred Menzel, Hugo Kiedel.

Marxismus zu, daß sie bestimmt die einzelnen Gruppen so als Spielzeug, das man ins Feuer wirft, behandeln werden? Heißt es nicht im Absatz 16 der 21 Thesen klar und deutlich: Dabei müssen selbstverständlich die kommunistische Internationale und ihr Exekutivkomitee in ihrer gesamten Tätigkeit den ver- schiedenartigen Beziehungen Rechnung tragen, unter denen die einzelnen Parteien zu kämpfen und zu arbeiten haben und Be- schlüsse von allgemeiner Gültigkeit nur in solchen Fällen fassen, in denen solche Beschlüsse möglich sind.

Und besagt nicht folgende Stelle aus dem Bericht des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale bis zum 2. Kongreß dasselbe und noch mehr, nämlich das, was die Demokraten innerhalb der Unabhängigen Partei heute tun: Unsere Stellungnahme wurde auf internationale Weise erfaßt. Man hätte den Arbeitern eingesehen, die hätte Internationale fordern von allen Parteien, selbst die sozialistische Revolution zu „machen“, ohne auf das Kapitalverhältnis im betreffenden Lande

IV.
Es ist in den Spalten dieser Zeitung aus Raummangel nicht möglich, auf alle 21 Thesen und das Programm der kommunistischen Internationale überhaupt ganz ausführlich einzugehen. Jedes Parteimitglied hat die Verpflichtung, das gesamte Material (was bis jetzt in dieser Zeitung noch nicht veröffentlicht wurde, wird so schnell wie möglich nachgeholt) nicht nur zu lesen, sondern zu studieren. Die Entscheidung muß klipp und klar ausfallen. Aber-Wägchen ziehen nicht mehr. Wenn die Anschlußgegner hurtig erklären, daß die Ablehnung der Aufnahmebedingungen keine Ablehnung der kommunistischen Internationale überhaupt sei, so ist darauf mit aller Entschiedenheit zu erwidern, daß die Ablehnung der 21 Thesen nicht nur eine Ablehnung der kommunistischen Internationale bedeute, vielmehr auch die Solidarität mit Sowjetrußland zur Farbe herabdrückt (die Methode Ditt- mann) und die Diktatur des Proletariats verneint. Wer sich unter dem Schutz des Schlagworts: Anschluß an die kommunistische Internationale, aber bei Wahrung der Partei- autonomie eine revolutionär- „taktische“ Gloriole schaffen will, dem sei gesagt, daß die 21 Bedingungen reflexlos anzu- nehmen oder abzulehnen sind; es gibt nichts herauszureißen, denn die Thesen sind notwendige Glieder einer Kette mit dem Kopf: Diktatur des Proletariats in der gegenwärtigen Epoche der Weltrevolution. Wer aber die Bedingungen annimmt, der trägt die Verpflichtung, von Grund an in ihrem Sinne voll und ganz zu wirken. Es ist vor allem dieser Satz zu befolgen:

Jede Partei, die der kommunistischen Internationale anzu- gehören wünscht, ist verpflichtet einer jeden Sowjetrepublik in ihrem Kampfe gegen die konterrevolutionären Kräfte nichthaltigen Bei- stand zu leisten. Die kommunistischen Parteien müssen ein-

A. Lenin.

Werden die Bolschewiki siegen?

Uebersetzt von Scrippa.
(16. Fortsetzung.)

Wir haben dies schon barockgemacht — können von sich die Auch-Maxisten aus der „Kowaja Schja“ sagen, — wir besitzen erstarrt der deutschen Rührerei zwei Sozial- Maßregeln und Altkonzepte. Für „uns“ ist die Erfahrung der Weltgeschichte, die Erfahrung der großen sozialistischen Revolution — nicht. „Uns“ ist nur die Erfahrung der zwei Bewegungen von 1917 wichtig, nämlich durch eine be- sondere Rolle gesehen.

Sehen wir uns diese Erfahrung ohne die Brille an.

Die Tage des 3.—5. Juli verglichen sie mit einem „Bürgerkrieg“, weil sie den Märchen eines Alexinski*) glaubten. Es ist charakteristisch für die Herren aus der „Kowaja Schja“, daß sie solchen Linsen glauben (ohne selbständig etwas zur Aufklärung der Sachverhalte des 3.—5. Juli zu unternehmen, trotz dem großen Apparat einer täglichen Zeitung).

Aber wir haben wir für einen Augenblick an, daß der 3.—5. Juli nicht der Anfang eines Bürgerkriegs, sondern der richtige Bürger- krieg war. Schauen wir es an.

Was würde denn diese Lehre beweisen?

1. Daß die Bolschewiki die Offensive nicht ergreifen hätten, wenn es ist unwahrscheinlich, daß die Bolschewiki viel gewonnen hätten, wenn sie in der Nacht vom 3. zum 4. Juli

*) Dieser Sozialpatriot rühmte sich, im Besitz von Dokumenten zu sein, die beweisen sollten, daß die spanischen Sozial- revolutionäre des 3. und 4. Juli das Wort einer deutsch-bolsche- wistischen Revolution an sich und Lenin demnach Landes- verräter sei. (Man s. oben.)

oder noch am 4. Juli zur Offensive übergegangen wären. Die Defensive war ihre Schwäche vom Standpunkt des Bürgerkriegs aus (von dem die „Kowaja Schja“ redet, wo es sich um die Umwandlung eines elementaren Ausbruchs der Unzufriedenheit in eine bewaffnete Demonstration in der Art der vom 20.—21. April handelt, wie die Tatsachen lehren).

Die „Lehr“ spricht also gegen die Weisen aus der „Kowaja Schja“.

2. Wenn sich die Bolschewiki die Aufgabe eines Auf- standes am 3.—4. Juli nicht stellen, wenn kein einziges Kollegium der bolschewistischen Partei eine ähnliche Auf- gabe auch nur gestellt hat, so liegt der Grund dazu außer- halb unseres Sichtkreises gegen die „Kowaja Schja“. Denn wir finden über die Lehren des Bürgerkriegs, d. h. des Aufstandes, und nicht darüber, daß eine revolutionäre Partei, die genau weiß, daß sie noch nicht über eine entsprechende Mehrheit verfügt, an einen Aufstand nicht denkt.
3. Da die Bolschewiki bekanntlich erst viel später als im Juli 1917 die Mehrheit in den russischen und sächsischen Sowjets erlangt haben, so ergaben sich daraus wieder ganz andere Lehren, als sie die „Kowaja Schja“ lehren will.

Nein, Ihr lieben Wühler aus der „Kowaja Schja“, lassen Sie lieber die Finger von der Politik!

Wenn eine revolutionäre Partei keine Mehrheit im Vor- kampf der revolutionären Massen und im Lande besitzt, kann von einem Aufstand kein Rede sein. Außerdem sind dazu erforderlich:

1. Das Ausweichen der Revolution in nationalen Um- fang.
2. Der volle moralische und politische Reizwert der alten, z. B. „Kowaja Schja“-Agitation.
3. Große Schwankungen im Lager aller Zwisch- elemente, d. h. solcher, die gestern noch ihre zur alten Agitation standen und heute von Buchst. ergreifen sind.

Warum hat die „Kowaja Schja“, die von den Lehren des 3.—5. Juli spricht, diese sehr wichtige Lehre garnicht bemerkt? Weil nicht Politiker die Frage angefaßt haben, sondern von der Bourgeoisie eingeschüchterte Intellektuelle.

Weiter. Die Tatsachen sagen uns, daß gerade nach den Tagen des 3.—4. Juli, im Zusammenhang mit der Ent- lassung der Herren Beretelli und Co. durch deren Juli- politik, die Massen in den Bolschewiki ihre Vorkämpfer erblickten und in den Sozialpatrioten die Verräter. Der Um- schlag dokumentiert sich durch den Zerfall der sozialrevo- lutionären und menschenwürdigen Partei. Dieser Zerfall zeigte sich schon vor der Korniloff-Affäre durch die Peters- burger Wahlen am 26. August, die den Sieg der Bolschewiki und die Niederlage der Sozialpatrioten ergeben haben.

Der Zerfall der Sozialrevolutionäre und Menschenwür- digen nach den Julitagen und vor dem Korniloff-Putsch wird auch durch das rapide Anwachsen des „linken“ Flügels in den beiden Parteien bewiesen, das fast 40 Prozent erreicht hat, eine „Roche“ für die von Kerenski verfolgten Bolschewiki.

Die proletarische Partei hat, ungeachtet des „Verlustes“ einiger Hundert ihrer Mitglieder, von den Julitagen bleibend gewonnen, denn in diesen schweren Tagen haben die Massen ihre Leere und den Verrat der Sozialrevolutionäre und Menschenwürdig gesehen und verstanden. Die Lehre, die sich daraus ergibt, ist folglich eine ganz andere:

Verlasse nicht die kämpfenden Massen zugunsten der „schweigenden Demokratie“, und wenn die Zeit zum Aufstand reif ist, dann gehe zum Angriff über, solange der Feind noch zerplittert ist; über- rasche ihn.

Nicht wahr, Ihr Herren Auch-Maxisten aus der „Kowaja Schja“?

(Schluß folgt.)

Proletarier! Bloziert Polen! Schützt Sowjet-Rußland!

anzweideutige Propaganda führen zur Verhinderung des Transports von Kriegsmunition an Feinde der Sowjetrepublik; ferner müssen sie unter den zur Eroberung von Arbeiterrepubliken entsandten Truppen mit allen Mitteln legal oder illegal Propaganda treiben usw.

Der Schutz Sowjetrußlands, die Blockade Polens ist die Forderung des Tages!

Die Fieber, die jetzt die Unabhängige Sozialdemokratische Partei schütteln, führen zur Gesundung, zur Klärung. Sie Diktatur — die Demokratie, jeder fällt seine Entscheidung. Und der Entscheid an sich, als auch der Anschluß an die Kommunistische Internationale ist eiserne Notwendigkeit.

Wilhelm Dittmann ins Stammbuch.

Der Berliner Korrespondent der „Daily News“, Mr. S. S. Segruo, hat, wie er der „Dena“ mitteilt, an Lenin die Anfrage gerichtet, welche Erwiderung die Sowjetregierung auf die von den deutschen Unabhängigen vorgebrachten Angriffe zu geben hätte, ganz besonders soweit sie die Anklage der Hinrichtungen zahlreicher Gegner des Bolschewismus betreffen. Segruo hat daraufhin von Lenin folgendes Funktelegramm als Antwort erhalten:

„Ich bitte, feststellen zu dürfen, daß die Attaden, die von Mitgliedern des rechten Flügels der deutschen Unabhängigen von der Art des Herrn Dittmann und gewissen Angehörigen der britischen Labour-Party gegen den Bolschewismus geritten werden, mich in keiner Weise in Erwägung ziehen. In der Rede, die ich auf dem letzten Moskauer Kongress der Kommunistischen Internationale hielt, wies ich nach, daß die Auffassungen und Grundzüge Dittmanns und Crispiums sich durchaus mit denen Lenins decken. Es ist ganz natürlich, daß Leute wie Crispium und Dittmann mit dem Bolschewismus unzufrieden sein müssen. Es wäre in der Tat auch höchst bedauerlich, erregte der Bolschewismus die Zornigkeit solcher Leute. Es ist nur natürlich, daß solche Bourgeoisien Demokraten der vorhergesagten Art, die sich in nichts von unseren Menschewits unterscheiden, in dem Entscheidungskampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie sehr häufig im Lager der Bourgeoisie sich finden. Die Hinrichtungen scheinen Dittmanns Empörung erregt zu haben, aber in solchen Fällen; wie er sie im Auge hat, versteht es sich von selbst, daß revolutionäre Arbeiter Menschewits hinrichten, eine Tatsache, die selbstverständlich ihm nicht zuzufügen kann. Es wäre wahrhaftig eine traurige Sache für die dritte Internationale, wenn Leute von Dittmanns Art, ganz gleich ob sie Deutsche, Franzosen oder Engländer sind, in ihren Reihen zugelassen würden.

Wenn, wie Sie anführen, die Berichte der britischen, französischen und deutschen Arbeiterorganisationen über Rußland der Sache des Bolschewismus mehr Abbruch getan haben, als alle antibolschewistische Propaganda zusammengenommen, so nehme ich mit Freuden die logischen Folgerungen daraus hin. Ich mache hiermit ein Angebot an die antibolschewistische Bourgeoisie aller Länder. Laßt sie mich doch dahin übereinkommen, daß Abordnungen aus allen Ländern in Rußland geschickt werden, die sich aus Arbeitern, Kleinbauern und solchen Personen zusammensetzen, deren Arbeit dem Kapital einen Posten schafft. Laßt diese Delegationen einen Monat oder zwei in Rußland bleiben! Wenn die Berichte dieser Abordnungen der Sache antibolschewistische Propaganda fördern, so kann die internationale Bourgeoisie die dadurch entstehenden Unkosten gut und gern tragen. Jedoch, trotz des Umstandes, daß wir in Rußland arm und noch sind, die Bourgeoisie aller Länder dagegen reich und stark, so ist mich bereit, auf die Sowjetregierung hinzuwirken, daß sie Mittel der Ausgaben für die erwähnten Abordnungen aus ihrer Kasse nimmt und es den internationalen Millionären überläßt, ein Viertel der Unkosten zu bestreiten.“
gez.: Lenin.

Bericht über die dritte Internationale.

II.

Statuten der Kommunistischen Internationale.

(Schluß.)

Zu diesem Zweck bestätigt die Kommunistische Internationale folgende Punkte des Statuts:

§ 1. Die neue internationale Arbeitervereinigung ist haften zur Organisierung von gemeinsamen Aktionen der Proletarier der verschiedenen Länder, die das eine Ziel haben: Sturz des Kapitalismus, Errichtung der Diktatur des Proletariats und einer internationalen Sowjetmacht zur vollen Befreiung der Klassen und zur Verwirklichung des Sozialismus, dieser ersten Stufe der kommunistischen Gesellschaft.

§ 2. Die neue Internationale Arbeitervereinigung ist die „Kommunistische Internationale“.

§ 3. Alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien tragen den Namen: „Kommunistische Partei des und des Landes“ (Sektion der Kommunistischen Internationale).

§ 4. Die höchste Instanz der Kommunistischen Internationale ist der Weltkongress aller ihr angehörenden Parteien und Organisationen. Der Weltkongress tritt regelmäßig einmal jährlich zusammen. Der Weltkongress allein ist berufen, das Programm der Kommunistischen Internationale zu ändern, der Weltkongress berät und beschließt über die wichtigsten Fragen des Programms und der Taktik, die mit der Tätigkeit der Kommunistischen Internationale zusammenhängen. Die Weltkongress berät auf jede Partei oder Organisation entfallenden beschließenden Stimmen wird durch besonderen Kongressbeschluss bestimmt.

§ 5. Der Weltkongress wählt das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, das das leitende Organ der Kommunistischen Internationale in der Zeit zwischen den Weltkongressen der Kommunistischen Internationale ist. Das Exekutivkomitee ist nur dem Weltkongress verantwortlich.

§ 6. Der Sitz des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale wird jeweils im Weltkongress der Kommunistischen Internationale bestimmt.

§ 7. Ein außerordentlicher Weltkongress der Kommunistischen Internationale kann entweder auf Beschluß des Exekutivkomitees oder auf Verlangen der Hälfte der Parteien, die zur Zeit des letzten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale angehörend waren, einberufen werden.

§ 8. Die Hauptarbeit des Exekutivkomitees lastet auf der Partei des Landes, wo auf Beschluß des Weltkongresses das Exekutivkomitee seinen Sitz hat. Die

Partei des betreffenden Landes entsendet fünf ihrer Vertreter in das Exekutivkomitee mit beschließender Stimme. Außerdem entsenden die zehn bedeutendsten kommunistischen Parteien, deren Liste von dem ordentlichen Weltkongress bestätigt wird, je einen Vertreter mit beschließender Stimme in das Exekutivkomitee. Den anderen, in die Kommunistische Internationale aufgenommenen Organisationen und Parteien steht das Recht zu, je einen Vertreter mit beratender Stimme in das Exekutivkomitee zu delegieren.

§ 9. Das Exekutivkomitee leitet die gesamte Arbeit der Kommunistischen Internationale von einer Tagung bis zur anderen, gibt in mindestens vier Sprachen das Zentralorgan der Kommunistischen Internationale (die Zeitschrift „Kommunistische Internationale“) heraus, tritt mit den erforderlichen Aufrufen im Namen der Kommunistischen Internationale hervor und gibt für alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Organisationen und Parteien bindende Richtlinien. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat das Recht, von den ihr angehörenden Parteien den Ausschluß von Gruppen und Personen zu verlangen, die die internationale Disziplin verletzen und ebenso diejenigen Parteien aus der Kommunistischen Internationale auszuschließen, die gegen die Beschlüsse des Weltkongresses verstoßen. Diese Parteien haben das Recht, Berufung beim Weltkongress einzulegen. Im Bedarfsfalle organisiert das Exekutivkomitee in den verschiedenen Ländern seine technischen und anderen Hilfsbüros, die völlig dem Exekutivkomitee untergeordnet sind. Die Vertreter des

Die Tagesordnung des Parteitag

lautet:

1. Bericht der Zentralkommission. Berichterstatterin: Luise Zieh.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: Wilhelm Bok.
3. Die Kommunistische Internationale und die Aufnahmebedingungen. Berichterstatter: Crispium, Däumig, Dittmann und Stoeker.
4. Auwashlen.

Die Wahl der Delegierten erfolgt nach folgenden, auf dem Leipziger Parteitag festgelegten Bestimmungen:

Der Parteitag setzt sich aus Delegierten der Organisationen zusammen. Der nächste Parteitag darf nicht mehr als 400 Delegierte umfassen. Die Zahl der auf den einzelnen Bezirk entfallenden Delegierten wird im Verhältnis der Gesamtzahl der Mitglieder des Reichs von der Zentralkommission nach dem am letzten Vierteljahresschluß vorhandenen Mitgliedern, für die Beiträge gezahlt und an die Zentralkommission anteilig abgeführt worden sind, festgesetzt. Entfällt auf einen Bezirk nicht die Zahl der Mitglieder für einen Delegierten, so steht ihm dennoch die Wahl eines Delegierten zu.

In den Bezirken sind die weiblichen Mitglieder im Verhältnis ihrer Zahl bei der Wahl der Delegierten zu berücksichtigen. Beschlußrecht auf dem Parteitag haben nur die Delegierten.

Als letzten Tag, an dem die bis zum 1. Juli 1920 fällig gewordenen Beiträge samt den ordnungsgemäß von den Revisoren geprüften und unterschriebenen Abrechnungen beim Zentralkomitee eingegangen sein müssen, bestimmt das Zentralkomitee Donnerstag, den 23. September 1920.

Im weiteren bringt das Zentralkomitee folgende Bestimmungen unseres Organisationsstatuts in Erinnerung:

„Urabstimmung. Um das Schwergewicht der politischen Aktion in die Massen zu verlegen, ist bei allen wichtigen Entscheidungen, die die Haltung der Partei für längere Zeit festlegen, Urabstimmung herbeizuführen, vorausgesetzt, daß die technischen Möglichkeiten dazu vorhanden sind.“

Die Genossen werden aufgefordert, bei der Wahl der Delegierten dementsprechend zu verfahren.

Die Wahl ist nach dem Verhältniswahlsystem vorzunehmen, damit Mehrheit und Minderheit, die sich in der Frage der Internationale in den einzelnen Bezirken gebildet haben, auf dem Parteitage ihrer Stärke entsprechend vertreten sind.

Das Zentralkomitee

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

In einem Artikel: „Diktatur der Diktaturgegner“ wendet sich Genosse Ernst Däumig gegen die frühere Aufhebung des Parteitages. Er schreibt u. a.: „In Wahrheit ist die Fortsetzung des Parteitagstermins nichts anderes als der Versuch, mit Hilfe des bürokratischen Parteiapparates den Anschluß an die dritte Internationale zu verhindern. Alle Möglichkeiten, die die Befreiung des Parteiapparates dem rechten Flügel der Partei in die Hand gibt, um gegen den Anschluß zu wirken, sollen bis zur letzten ausgenutzt werden.“

Die Urwahl der Parteitagdelegierten scheint eine demokratische Maßregel im Parteileben zu sein. Voraussetzung dafür, daß durch sie in Wirklichkeit die Demokratie innerhalb der Partei verwirklicht wird, ist, daß der Urwahl eine völlig freie Auswahlsbereitschaft unter den Parteigenossen vorausgesetzt kann, so daß nicht nur die durch den bürokratischen Parteiapparat vertretenen Anschauungen der Mitglieder gegenüber begründet werden können, sondern auch die Anschauungen derjenigen, die in Opposition gegenüber der Parteibürokratie stehen. Die Tatsache aber, daß das Zentralkomitee die Urwahl der Parteitagdelegierten empfiehlt in dem Augenblick, wo es den Termin des Parteitages vorverlegt, zeigt auf das deutlichste, daß diese Maßnahme durchaus nicht im demokratischen Sinne gebraucht werden soll. Die Vorverlegung des Parteitagstermins dient dem offensichtlichen Zwecke, den Anhängern des Anschlusses an die dritte Internationale die Zeit zu beschneiden, ihre Anschauungen vor den Mitgliedern der U. S. P. D. zu begründen.“

Exekutivkomitees erledigen ihre politischen Aufgaben in engstem Kontakt mit der Parteizentrale des betreffenden Landes.

§ 10. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat das Recht, Vertreter von solchen Organisationen und Parteien mit beratender Stimme in seiner Mitte aufzunehmen, die zwar der Kommunistischen Internationale nicht angehören, aber mit ihr sympathisieren und ihr nahe stehen.

§ 11. Die Organe aller Parteien und aller Organisationen, die der Kommunistischen Internationale angehören, und die zu den für die Kommunistische Internationale sympathisierenden zählen, sind verpflichtet, alle offiziellen Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und ihres Exekutivkomitees zum Ausdruck zu bringen.

§ 12. Die allgemeine Lage in ganz Europa und Amerika zwingt die Kommunisten der ganzen Welt zur Schaffung illegaler kommunistischer Organisationen neben der legalen Organisation. Das Exekutivkomitee ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß das überall praktisch verwirklicht wird.

§ 13. In der Regel wird der politische Verkehr zwischen den einzelnen der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Parteien durch das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale geführt. In dringenden Fällen geht der Verkehr direkt, aber gleichzeitig wird davon dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale Mitteilung gemacht.

§ 14. Die auf dem Boden des Kommunismus stehenden, im internationalen Maßstabe unter der Leitung der Kommunistischen Internationale zusammengeschlossenen Gewerkschaften, bilden eine Gewerkschaftssekktion der Kommunistischen Internationale. Diese Gewerkschaften delegieren ihre Vertreter zu den Weltkongressen der Kommunistischen Internationale durch die kommunistischen Parteien der betreffenden Länder. Die Gewerkschaftssekktion der Kommunistischen Internationale entsendet einen Vertreter in das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale mit beschließender Stimme. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat das Recht, einen Vertreter mit beschließender Stimme in die Gewerkschaftssekktion der Kommunistischen Internationale zu entsenden.

§ 15. Die Kommunistische Jugendinternationale ist als Mitglied der Kommunistischen Internationale wie alle übrigen dieser und ihrem Exekutivkomitee untergeordnet. In das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale wird ein Vertreter des Exekutivkomitees der Kommunistischen Jugendinternationale mit beschließender Stimme delegiert. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat das Recht, in den Vollzugsausschuß der Kommunistischen Jugendinternationale seinen Vertreter mit beschließender Stimme zu entsenden.

§ 16. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale bestätigt den internationalen Sekretär der kommunistischen Frauenbewegung und organisiert die Frauensekktion der Kommunistischen Internationale.

§ 17. Bei Ueberfiedelung aus einem Lande in ein anderes begegnet ein jedes Mitglied der Kommunistischen Internationale brüderlicher Unterstützung seitens der dortigen Mitglieder der 3. Internationale.

Republik Deutschland

Chronik der Bürgerdiktatur.

(Fortsetzung.)

I.

Aus Bayern, dem Orgeß-Lande, kommen dauernd Nachrichten, die auf eine Verstärkung der monarchistischen, konterrevolutionären Bewegung hinweisen. Diese Bewegung geht Hand in Hand mit der mit französischer Hilfe betriebenen Loslösungsbewegung vom Reich. Am 25. d. Mts. soll Prinz Rupprecht zum König ausgerufen werden.

II.

Aus Marienwerder wird der „B. a. W.“ unter dem 8. d. Mts. geschrieben:

„Ich komme von Hpt. Reidenburg, Allenstein, Deutsch-Eulau hierher. Am Donnerstag wurde in allen Orten zum „Grenzschutz“ aufgerufen, am 10. d. Mts. wird ein Angriff der Polen in hiesiger Gegend erwartet; die Deutsch-Eulaner Einwohnerwehr wurde bereits gestern nacht alarmiert. Gestern früh fuhr ich im Marienburger Zug hierher, der voll von jungen „Eingezogenen“ war. Kein Platz mehr zu haben; in den Gängen standen sie — wie 1914. Unter fröhlichen und sentimentalen Soldatenliedern fuhr man durch die Nacht — wie 1914. In Allenstein sah ich einen gleichartigen Trupp von zirka 200 Mann; Kartonschachteln, Zivil, halb Militär — wie 1914. Böhnung 20 Mark pro Tag, freie Verpflegung. Aus dem Ostpreußen Kreis führen 73 Mann mit uns.“

III.

Das Insterburger Parteiblatt der S. P. D. veröffentlicht eine streng vertrauliche Verfügung des ostpreussischen Oberpräsidenten Siehr über Bildung der Freiwilligen Polizeitruppe Ostpreußens vom 1. September 1920. Danach soll unter Leitung und Kontrolle des Wehrtruppenkommandos eine freiwillige Polizeitruppe aufgestellt werden, die am 7. September dem Organisationsstab im Lager Krus Verwendungsbereitschaft zu melden hat und am 15. in Marsch zu setzen ist. Der Erlaß schließt mit den Worten: „Mitteilungen in der Presse dürfen unter keinen Umständen erfolgen.“ (Die Chronik wird fortgesetzt.)

